

Braucht 'Flexicurity' Grundsicherung – monetär oder naturressourcenbasiert? Ein Beitrag, der BGE und Ökologie auf einen Nenner bringt.

Flexibilität und Security sind zu einem Kunstwort in der modernen Gesellschaft geworden: flexicurity (Menschen, die am Arbeitsmarkt flexibel sind, brauchen keine Angst zu haben, arbeitslos zu werden, so meinten viele noch vor ein paar Jahren.)

Zwei Tendenzen, die zurzeit unsere gesellschaftliche Entwicklung bestimmen – Aktivierung und Ausgrenzung – zeigen die Dringlichkeit dieser Frage auf. Sie zeigen auch wie sehr Staaten mittlerweile, angesichts der Finanzkrise, wieder gefordert sind, wie sehr daher Politiker als Interventionskünstler auftreten muss(t)en. Sie sind gefordert Globalisierung zu gestalten. Seit den internationalen 'Erdgipfel'-Verhandlungen in Rio 2012, werden neuerlich Versuche unternommen, die Probleme unseres Lebens und Wirtschaftens auf einem begrenzten Planeten zu einer fairen Lösung zu bringen. Werden sie erfolgreicher sein als jene vor 20 Jahren, oder jene von Kopenhagen oder Cancun? Die Vertreter der G20 fehlen zum Teil und um ein global verbindliches Klimaschutzabkommen zu erreichen sind die geopolitischen Fronten zu verhärtet, die Interessen zu verschieden und das Misstrauen zwischen den Staaten zu groß.

Was immer einen Durchbruch in dieser ökologischen Verhandlungskrise schaffen könnte – eine stärkere 'Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten durch Schaffung eines Hochkommissariats für zukünftige Generationen oder die Aufwertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, – wir wissen es nicht. Es ist sicher keine leichte Aufgabe all die unterschiedlichen Prioritäten zu berücksichtigen und um sie herum einen Kernbereich an Regelungen zu schaffen!

Die vor 20 Jahren in Rio angesprochenen Probleme haben sich in vielen Bereichen (Wirtschafts- und Finanzpolitik, Ressourcenübernutzung, Senkung von sozialen und ökologischen Standards,) massiv verschärft.

Somit verschärft sich auch die Dringlichkeit von Gesetzen mit verbindlichen und hohen Maßgaben für eine Nachhaltige Entwicklung. Denn durch die 'Entfesselung des Kapitalismus' steigt weltweit der Hunger: **in den USA z.B. beziehen bereits 12 Millionen Familien staatliche Nahrungsmittelhilfe und im Jahr 2010 waren 115 Millionen Personen (23,4% der Bevölkerung) in der EU27 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das bedeutet, dass sie von mindestens einer der folgenden drei Lebensbedingungen betroffen waren: von Armut bedroht, unter erheblicher materieller Entbehrung leiden oder in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit leben (laut Eurostat). Ganz zu schweigen von der Armut in den 'sich entwickelnden' Ländern. Dort fließt viel Geld in falsche Kanäle und Ausbeutung und Spekulation und mit Land und Ressourcen trägt dazu bei, dass die Kluft zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffnet.**

Das "**Prinzip Verantwortung**" (Hans Jonas) durchzieht so manche Rede verantwortungsbewusster Politiker, wie z.B. die des deutschen Ex-Umweltministers, **Klaus Töpfer**, der immer wieder betont wie wichtig es sei, dass eine Weltinnenpolitik auf einen sozialen Ausgleich bedacht nimmt, und er meint: "Ob Finanzkrise, Klimakrise oder Ernährungskrise, das sind alles Folgen davon, dass wir Kosten auf Zukunft, Natur und Nachkommen abschieben." (Der Spiegel 13/2011).

Oder, denken wir an die Rhetorik des US "Klimapäsidenten Al Gore": er hat bereits 1992 einen Globalen Marshall Plan für die Erde gefordert, hat es aber leider dann nicht geschafft als US-Vizepräsident, diese seine Einsichten im Kyoto-Prozess umzusetzen. Nun bemüht sich nach wie vor die **Global Marshall Plan Initiative** Al Gores Ansatz zu realisieren. Leider sind solche Ansätze im kollektiven Weltbewusstsein bislang nicht wirklich verankert. Nach wie vor glauben viele Menschen daran, dass den 'armen Ländern' erst mit Erreichung des Niveaus der 'reichen Industrieländer' geholfen sei, oder sie glauben zumindest **nicht**, dass eine **'neue Art von Wachstum'** möglich wäre, die gleichzeitig auch dem Umweltschutz gerecht werden könnte. Somit steigt also die Dringlichkeit von Gesetzen, die für globale soziale und ökologische Balance sorgen können. Gesetze in Hinblick auf Lebensstil werden vielfach als 'ökodiktatorisch' abgelehnt!

Was also tun? Wie eine globale sozial-ökologische Balance halten?

Es gibt eine weltweite Bewegung, **Basic Income Earth Network (BIEN)**, die es sich zum Ziel gesetzt hat, diesem Ungleichgewicht etwas entgegenzusetzen. Ihre Verfechter wollen nicht glauben, dass es keine Alternative zum derzeitigen Wirtschaftssystem gibt! Sie meinen, dass es durch einen Paradigmenwechsel der Werte zu einer **Transformation** kommen könne. Diese Transformation könnte durch die **Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens beschleunigt werden oder eine Tür dahingehend geradezu aufstoßen.**

Die erste Voraussetzung dieser Forderung – **'bedingungslos'** – wird damit begründet, dass erst wenn Existenzsicherung von Erwerbsarbeit entkoppelt wird – in Zeiten wo Massenarbeitslosigkeit herrscht und viele Menschen ein unwürdiges Dasein führen – ein BGE zu einem Grundbaustein im Transformationsprozess werden könnte; damit ist gemeint, dass das Ziel: "Gutes Leben für Alle" (auch der kommenden Generationen) als ein Gemeingut (mit verfassungsgemäßem Rechtsanspruch) anerkannt wird.

Mein persönlicher Einstieg in diese Problematik (**Modell eines emanzipativ wirkenden Grundeinkommens!**) begann vor ein paar Jahren im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit in der *'Initiative Weltethos'*. Die fatale Widersprüchlichkeit in der Politik wurde mir damals bewußter – diese ewige Vermischung von Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, wobei der Mensch immer mehr nach seiner Nützlichkeit für die Wirtschaft beurteilt wird, schien mir ethisch bedenklich, – darüber hinaus aber störte mich zunehmend auch die Entwürdigung an der Natur. Ich begann mir damals die Frage zu stellen, wie man wohl einerseits eine **soziale Grundsicherung ohne Forderungen nach ständig wachsendem Wirtschaftswachstum** aufrecht erhalten könne, andererseits auch, wie eine **gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf möglichst umweltverträgliche Weise gefördert** werden könne.

Schließlich begriff ich – unter anderem in der glücklichen Begegnung mit vielen 'SOLis', dass die sogenannte **"Goldene Regel"** der Ethik, die da lautet "was du nicht willst, das man dir tut, das tu' auch keinem and'ren an", genauso auch auf die Natur angewendet werden sollte, wenn wir keine weiteren Krisen mehr riskieren wollen. Wir sind Teil der Natur. Komplementär dazu wäre das der **'Ökologische Imperativ'**!

Auch in der jüngsten Publikation zur 'Ökosozialen Marktwirtschaft' gibt es einen erweiterten Vorschlagskatalog von Forderungen im Rahmen eines Global Marshall Plans. Die drei letzten Punkte lauten: Implementierung eines kohärenten Labellsystems für nachhaltige ökosoziale Standards bei der Herstellung von Produkten und Dienstleistungen, weiteres, ein solches Labellsystem sollte die gesamte Wertschöpfungskette umschließen und letztlich, Einleitung einer globalen Ökoeffizienzrevolution



Aus einem Film-Clip der Landbesetzung in Jedlersdorf, Wien, 2012

So baute ich meine Visionen von einer besseren Welt – einer emanzipierteren Gesellschaft in einer sozial und ökologisch gesunden Umwelt – über Inhalte und Zielsetzung dieser weltweit agierenden Organisation (BIEN) auf. In meinem Hinterkopf blieb aber jene Idee von Jean-Jaques Rousseau **"Die Früchte dieser Erde gehören euch allen, aber der Boden gehört niemandem"** – denn, so dachte ich, – betrachtet auch im Lichte des Rechts auf angemessene Ernährung für alle Menschen, wie es völkerrechtlich ja im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UNO, im Jahr 1976 in Kraft getreten ist, – könnte ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) doch zu einem brauchbaren Instrument zur Umsetzung weltweiter Gerechtigkeit werden, um endlich die Globalen Entwicklungsziele (GD-global development-/Milleniumgoals) durchzusetzen, sozusagen um den Kampf gegen den Hunger

in der Welt in fairer Weise aufzunehmen. Es ist ja schon zehn Jahre her, dass die sg. Milleniumsziele gegen Armut beschlossen wurden, denke ich ungeduldig, und gerade jetzt zeigt sich wieder in vielen Ländern, nicht zuletzt im südöstlichen Afrika, wie sehr die Forderung nach Subsidiarität zu einer leeren Hülse geworden ist.

Das **"Diktat der Kurzsichtigkeit"** ignoriert wissenschaftlich belegbare Erkenntnisse wie, dass die Aufnahmekapazität der Atmosphäre an Schadstoffen völlig überfordert ist, dass Naturkapital dadurch immer mehr zerstört wird, und dass die Bevölkerungszahl noch ständig anwächst.....

.... dass wir dringend einen **Systemwandel für eine zukunftsfähige Gesellschaft** brauchen!

Woher Mut nehmen für den notwendigen Wandel?

Da tauchte eines Tages in der Runde des *Runden Tisch Grundeinkommen*, Harald J.Orthaber auf.

Er erklärte uns, wie er anhand seines Stufenplans (*Zukunftsforum: Systemwandel, zfs*), ausgehend von einem BGE, gekoppelt mit einer steuerlichen Umlagerung und später gefolgt von einer "neuen Grundversorgung" in Bezug auf die Nutzung nachwachsender Naturgüter, einen Lösungsbeitrag zu dieser herausfordernden Aufgabe anzubieten gedenke.

Dieses Projekt beruht unter anderem auf einer Schrift von Thomas Paine (Agrarian Justice, 1797), in der dieser als Grundproblem wirtschaftlicher Notlagen die Vermischung von Landwert und den daraus produzierten Gütern beklagt und eine Bodenrente als Grundeinkommen für alle fordert. Vielleicht hat ihn J.J.Rousseaus Aussage aus dem Jahr 1755, dass die Früchte dieser Erde allen und der Boden niemandem gehören sollte, dazu motiviert. Jedenfalls herrschten damals wie heute 'feudalherrschaftliche Verhältnisse' (Megabanken und Weltkonzerne ersetzen Feudalherren) – und es scheint wünschens- und erstrebenswert, dass diese Ideen heute auf 'fruchtbareren Boden' fallen mögen!

Im Sinne einer ideologiefreien Sicht auf unser Raumschiff 'Erde' und stark beeindruckt vom Aspekt der "Initiative österreichischer Umwelt- und Entwicklungsorganisationen für ein gutes Leben für alle", festgehalten in ihrer Resolution zu "**Rio+20 – Gerechtigkeit in einer endlichen Welt**", schließe ich hiemit meine kurz gehaltenen Überlegungen zur Einführung eines BGE.

Was tun ohne das Prinzip 'Hoffnung'?

Vielleicht ging aus dem bisher Gesagten schon klar hervor, dass ich voll der Hoffnung bin, dass es in Kooperation zwischen dem Netzwerk Grundeinkommen und den InitiatorInnen einer ökologisch motivierten Grundversorgung bald zu einer breiteren Diskussion diesbezüglich kommen wird.

Die transformergestalterische Wirkung der seit Beginn dieses Jahres gestarteten Angebotslegung von Detailprojekten zur Wegbereitung einer Ressourcenwirtschaft, unter der Leitung von Harald J. Orthaber, mit der ergänzend konzipierten Arbeitsplattform "**Zukunftsforum: Systemwandel – für eine sozial-ökologische sichere Welt**" (gegenwertige Kurzinfo-Seite: <http://members.chello.at/zfsnet/>), sollte bald unser aller Interesse und Vertrauen gewinnen.

Er geht davon aus, dass die grundsätzlichen Probleme unserer derzeitigen Lebensweise – der ökologisch nicht länger tragbare Wachstumszwang vonseiten der Wirtschaft – ganz neuartige Lösungen erfordern. Er meint, dass wir mit der Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens ein sofort wirksames Austrittstor aus dem gegenwärtigen Wirtschaftslaufrad eröffnen könnten, um sodann, nach einer optionell schon angedachten Übergangsphase, erst die eigentliche materielle (Ab)sicherung von Mensch und Natur durch eine **'neue' Grundversorgung** zu schaffen. Sie versetzt uns in ein Wirtschaften **jenseits der Wachstumswirtschaft** und erlaubt uns unser Leben selbstbestimmter und flexibler gestalten zu können.

Ich glaube wir sind uns einig, dass eine Ökologisierung des Wirtschaftens nicht ohne entsprechende Marktanreize funktionieren kann. Zunächst wurde uns, seit Kyoto 97, als wirtschaftspolitische Lenkungsmaßnahme mit ökologischer Zielrichtung der Handel mit Umweltrechten als großes Lösungsinstrument gepriesen (Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten innerhalb der EU), sowie Sanktionen im Fall des Nichteinhaltens von Umweltzielen. Auf individueller privater Seite sollten weiterhin ein freiwillig gewählter CO₂-armer Lebensstil, sozusagen selbstaufgelegte Maßnahmen meist verbunden mit größerer Sparsamkeit, wirken.

All diese marktwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen erwiesen sich bisher als nicht wirklich weitgreifend genug, ja sie versagten großteils schlichtweg. Daher erscheint es uns sinnvoll, durch die Entwicklung neuer wirtschaftspolitischer, sozial-ökologischer Rahmenbedingungen für alle, eine derartige Umstellung zu erleichtern. Die grundlegende Idee des Projekts zur Wegbereitung einer Ressourcenwirtschaft liegt in der Schaffung eines **neuen wirtschaftlichen Rahmens**, der naturbedingte Grenzen setzt: Mittels einer gleichberechtigten Verteilung jener zur Verfügung stehenden Naturgüter als Nutzungsrechte und Grundversorgung, die als komplementäres, kaufkräftiges Zahlungsmittel (erfolg durch Abbuchung von einem speziellen Kontensystem) dem bisherigen Geld parallel gesetzt werden.

Das "Netzwerk Soziale Verantwortung" gab kürzlich eine Pressemitteilung heraus:

Das programmierte Scheitern

Bundesregierung plant eine neue Strategie für nachhaltige Entwicklung Utl.: NGOs und ArbeitnehmerInnenvertretungen drängen auf Verbindlichkeit.

"Österreich braucht ein Gesetz mit verbindlichen und hohen Maßgaben für nachhaltige Entwicklung".

Dieser fettgedruckte Satz in der Mitte des Flugblatts – hat mich auf die vom z/S aufgestellte Liste von Zielen und Wegen gebracht:

- 1) nachhaltig umsetzen um die Lebenschancen zukünftiger Generationen gegenüber den gegenwärtigen nicht zu schmälern.
- 2) naturbedingte Grenzen respektieren, definieren und festlegen
- 3) Lebenschancen gleichberechtigt verteilen (dies müßte wohl unweigerlich zu einer neuen Art gelebter Demokratie führen!)
- 4) Naturnutzung auf ein nachhaltiges Niveau absenken
- 5) Naturnutzungsrechte und Arbeit gerecht eintauschen

Darin liegt die Basis für das Rahmeninstrument zur Schaffung eines **Ressourcenwirtschaftssystems!**

Die Berechnung dieses Zahlungsmittels bezieht sich auf die biologisch-produktive Erdoberfläche; eine Ware oder Dienstleistung "kostet" dann eben die Nutzung einer bestimmten Menge "Natur". Diese 'Umweltmaßeinheit' stellt der *Ökologische Fußabdruck* dar, ein untrügerisches physikalisches Flächenmaß äquivalenter Erträge, bzw. Entnahme an Biomasse. Die Umsetzungsreife dieser neuen Art der Bilanzierung und dieses für alle Menschen handhabbaren Instruments, wird nun in einem ersten Projektangebot auf praktische Füße gestellt.

Eine sicher sehr ambitionierte Aufgabe, aber ich hoffe, sie wird sich für uns und unsere Kinder lohnen! Unser Verbrauch an Biokapazität wird so den "bioproduktiven Flächen" gegenübergestellt, wobei der sehr komplexe CO₂-Kreislauf nicht unbedingt berücksichtigt werden muß. Wir hätten also dann die "Natur" als einen wichtigen, rahmengebenden Faktor, den wir in unser Wirtschaften integrieren (**Ressourcenwirtschaft**). Alle weiteren qualitativen ökologischen und gesellschaftlichen Aspekte könnten nach wie vor ungehindert in dieses System einfließen.

In dieser Art von Buchhaltung würde dann nicht mehr lediglich eine Internalisierung der Naturnutzung vollzogen, sondern diese selbst würde zum Zahlungsmittel und könnte jederzeit, in jeweiliger Funktion, mit dem Geldsystem verknüpft werden.

Harald J. Orthaber sieht sein Projekt als ein Angebot an alle, die zur Zeit an einer Verbreitung und Weiterentwicklung von alternativen Lösungen interessiert sind.

Dieser Ansicht schließe ich mich mit der hoffnungsfrohen Botschaft an –

ein BGE und eine Grundversorgung, das eine monetär, das andere ressourcenbezogen, kann zu 'neuem Wohlstand', einem sichereren Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten hinführen. Wenn wir flexibel sind – und sicher in unserem Vertrauen auf eine baldige – zumindest mal europaweite – Einführung, dann werden wir 'Flexicurity' haben!

Ja, 'Flexicurity' braucht Grundsicherung, sowohl monetär als auch ökologisch!

[Ilse Kleinschuster,](#)

[Mitglied in der 'Initiative Zivilgesellschaft' und aktiv beim 'Runden Tisch Grundeinkommen' und zfs](#)

Die Kurzfassung dieser Schrift, erschien in der Beilage "Sustainable Austria – Grundeinkommen" der Herbst-Ausgabe 2012 der SOL-Zeitschrift (s.a. Kurzinfo-Webseite des zfs <http://members.chello.at/zfsnet/> bzw. auf der SOL-Web-Seite <http://www.nachhaltig.at/>).

Eine umfassende weitere Abhandlung dieses Themas vom zfs findet sich bei BIEN: <http://www.bien2012.org/>